

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

Demokratie bei Jugendlichen stärken III – Einführung und Umsetzung eines „Jugend-Checks“ für Berlin

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, ein Konzept zur Einführung und Umsetzung eines „Jugend-Checks“ für das Land Berlin vorzulegen. Dieser soll sowohl die Auswirkungen geplanter Gesetzesvorhaben und politischer Entscheidungen auf Bezirks- und Landesebene, als auch deren Vereinbarkeit mit den Interessen und Vorstellungen der Jugend überprüfen.

Dafür soll die Initiative „Jugend.Macht.Demokratie“ ihre nächsten Treffen mit der erweiterten Akteursrunde nutzen, um die Konzeptentwicklung, die Vorbereitungen zur Einführung und die konkrete Umsetzung des Vorhabens „Jugend-Check“ auf Landesebene mit aller notwendigen Expertise zu planen.

Dabei sollen die im Rahmen des „Kompetenzzentrums Jugend-Check“ auf Bundesebene entwickelten Standards und Prüfkriterien als Orientierung bei der konzeptionellen und strukturellen Umsetzung des „Jugend-Checks“ für Berlin dienen.

Begründung:

Die Partizipationsrechte junger Menschen sollen auch auf Landesebene gestärkt werden.

2019 wurde mit der Vereinbarung für eine gemeinsame Jugendstrategie durch die Bundesregierung deutlich und sichtbar, dass Jugendpolitik in jedem Politikfeld eine Rolle spielt. Nun

sind die Länder in der Pflicht, wichtige und richtige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche und gute Jugendpolitik zu setzen.

Ein „Jugend-Check“ auf Landesebene macht deutlich, dass wir die Jugend als zentralen Gesprächspartner und Gestaltungspartner wahrnehmen, und es kann einen wirksamen Beitrag zu mehr Jugend- und Generationengerechtigkeit leisten. Gleichzeitig bewirkt es eine größere Sensibilität sowie nachhaltigere Informations- und Prüfmöglichkeiten gegenüber möglichen Auswirkungen geplanter Gesetzesvorhaben auf junge Menschen in Berlin.

Bei dem „Jugend-Check“ soll es sich um ein Instrument zur Partizipation handeln und keinesfalls als Ersatz für jugendpolitische Beteiligung missverstanden werden. Auf der Grundlage von zielgerichteten und klar definierten Prüf- und Sensibilisierungsstandards sollen politische Entscheidungsträger die Konsequenzen politischer Maßnahmen auf junge Berliner zwischen 12 und 27 Jahren überprüfen.

So kann Politik verlässlich und glaubhaft zeigen, dass sie die Lebensphase der Jugend ernsthaft in den Blick nimmt.

Berlin, 12.09.2023

Stettner Usik Khalatbari Simon
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU

Saleh Freier-Winterwerb
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD